Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 21. Oktober 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt | Nr. 122

Der Kampf um die Gewerkschaften

II.

Wie im ersten Artikel dargelegt, erkennen die führenden Kreise der unabhängigen Sozialdemokratie die Gewerkschaften als die nach wie vor unentbehrlichen Interessenvertretungen der Arbeiterschaft grundsätzlich an, sie erstreben nur die Umwandlung der Gewerkschaften im „revolutionären" Sinne. Die Kommunistische Partei dagegen, auch unter dem Namen Spartakusbund bekannt, hat schon immer durch Wort und Tat bewiesen, daß ihr an der Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung absolut gar nichts, an deren Zertrümmerung jedoch alles gelegen ist. Ihre Anhänger betreiben die Gewerkschaftszerstörung aus Prinzip. Es zeugt zwar von politischer Blindheit und sozialer Unreife, der Arbeiterschaft im Hinblick auf ihre gegenwärtigen und zukünftigen schweren Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit die wertvollste Waffe, die organisatorische Einheit, aus der Hand zu schlagen und dafür die tausendfältig zersplitterte Kraft der revolutionären Betriebsorganisation als Allheilmittel anzupreisen, aber das Prinzip, das revolutionäre Prinzip, ist gerettet! Und das ist die Hauptsache, mag auch alles darüber in Trümmer gehen. In kindlicher Naivität glauben die Kommunisten mit Gewalt über eine ganze Entwicklungsepoche hinweg vom kapitalistischen in das kommunistische Zeitalter hineinspringen zu können.

Bereits auf ihrer ersten Reichskonferenz Ende Dezember 1918 nahmen sich die Kommunisten der Gewerkschaften „liebevoll" an. In zwei Resolutionen verwarfen diese unverbesserlichen Schwarmgeister, die jedes Verhandeln mit dem Unternehmer für unsinnig erachten, die Tarifverträge als staatserhaltend und erklärten die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften als unvereinbar mit den Zielen und Aufgaben der K. P. D. Die Reformierung der Gewerkschaften von innen heraus wurde als aussichtslos bezeichnet und zum Kampfe gegen die Gewerkschaften von außen sowie zum Austritt aus den Gewerkschaften aufgefordert. Für das Proletariat hielt die K. P. D. eine wirtschaftspolitische Einheitsorganisation für geboten. Infolge des Einspruchs von Rosa Luxemburg, die — weiterblickend als ihre männlichen Genossen — Bedenken äußerte gegen die sofortige Auflösung der Gewerkschaften, wurde den beiden Resolutionen ein Begräbnis erster Klasse bereitet durch Verweisung an eine Kommission. Nachdem es den Spartakisten auch auf ihrer zweiten Reichskonferenz in Frankfurt a. M. nicht gelungen war, die Gewerkschaftsfrage zu lösen, betrieben sie ihre Wühlarbeit gegen die Gewerkschaften unter der Oberfläche weiter und traten erst Ende August d. J. mit bestimmten Richtlinien hervor. Darin wurde unter Punkt 4 die Parole ausgegeben: „Wir müssen die Zerstörung der Gewerkschaftsbureaukratie zur Massenaktion machen. Das kann nur in der Weise geschehen, daß die Massen sich in geschlossenen Verbänden von ihrer konterrevolutionären Bureaukratie in den Gewerkschaften loslösen." Von Einzelaustritten sollte abgesehen werden, weil solche Individualakte der kommunistischen Auffassung widersprächen, dann aber auch aus der Erwägung, daß es die Kommunisten nicht glaubten verantworten zu können, ihre Genossen, „die die klarsten Vorkämpfer des Proletariats sind, von da wegzunehmen, wo die Massen des Proletariats heute noch stehen". Demnach soll überall dort, wo den Kommunisten die Trauben zu hoch hängen, eine Art kommunistischer Feuerwache bestehen bleiben, und im übrigen will man aufs Ganze gehen. Es sollen womöglich ganze Mitgliedschaften resp. Zahlstellen der verschiedenen Gewerkschaften mit „Hüften fest" ins kommunistische Lager resp. in den kommunistischen Gewerkschaftssumpf geführt werden, aus dem kein Entrinnen möglich ist, weil es an allen Vorbedingungen für eine erfolgreiche Vertretung von Berufs- und Wirtschaftsinteressen fehlt. Müssen doch die Kommunisten im zweiten Punkt ihrer Richtlinien zur Gewerkschaftsfrage selbst zugeben, daß die Gewerkschaften ihrer Form nach nicht überlebt sind, jedenfalls nicht in dem Grade, daß sie dem gesamten Empfinden des Proletariats widersprächen. „Da sprechen", so heißt es wörtlich in den Richtlinien, „die Zahlen über die Zunahme der Gewerkschaften eine zu deutliche Sprache. Die Massen sind mit der Führung der Gewerkschaften und mit der Gewerkschaftsbureaukratie unzufrieden. Sie empfinden aber die Gewerkschaften selbst noch als ein Bedürfnis so sehr, daß sie trotz dieser Unzufriedenheit noch in hellen Scharen in die Gewerkschaften strömen."

Über die Stimmung der Massen sind sich die Führer keineswegs im unklaren, sie wissen aber auch, wie diese Stimmung gemacht wird. Nicht die Art der Gewerkschaftsleitung bildet die Ursache der allgemeinen Unzufriedenheit, sondern die schlechte wirtschaftliche Lage infolge des Krieges, unter der die Arbeiterschaft seufzt, trägt die Hauptschuld daran. Die künstliche Steigerung der Unzufriedenheit aber und das förmliche Hineinjagen der Arbeiterschaft in Verdrossenheit und Verbissenheit, wie es auf linksradikaler Seite betrieben wird, bringt uns keinen Schritt vorwärts. Nur eine zuverlässige Aufklärung und eine Verständigung über die Wege, die zur Besserung der traurigen Wirtschaftslage führen, versprechen Erfolg. Die große Masse der Arbeiter erblickt in den Gewerkschaften die wirksamste Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen und legt Wert darauf, daß sich die Gewerkschaften nicht von Zufallsstimmungen leiten lassen, sondern zielbewußt ihres Weges gehen und ihre Maßnahmen dem jeweils Möglichen anpassen. Man höre doch endlich auf mit dem Gesunker von der Unzufriedenheit der Massen mit der sogenannten Gewerkschaftsbureaukratie. An diese radikale Phrase glauben ja im Ernst nicht einmal diejenigen mehr, die sie irgendwo aufgeschnappt haben und gedankenlos nachplappern; geschweige denn denkende Arbeiter!

Es ist wirklich als ein Fortschritt zu begrüßen, daß die Parteileitung der Unabhängigen, in deren Reihen sich noch genug Anhänger befinden, die zwischen Sozialismus und Kommunismus hin und her pendeln und in blinder Wut, Hand in Hand mit den Syndikalisten, gegen ihre eignen Gewerkschaftsorganisationen anstürmen, energisch Front macht gegen Gewerkschaftszersplitterung und -zerstörung. In einem bereits kurz erwähnten Artikel der „Freiheit", des Berliner Organs der Unabhängigen, hieß es über die syndikalistisch-kommunistische Methode:

> In dem heftigen Widerstreit der Interessen zwischen Kapital und Arbeit wird schließlich der Teil den Sieg davontragen, der über die stärksten Organisationen verfügt. Darum bedeutet jede Absplitterung von den zentralistischen Gewerkschaften, wie die Syndikalisten sie betreiben, oder gar eine Spaltung der Organisationen, wie sie neuerdings vom kommunistischen Flügel der Opposition empfohlen wird, einen gewaltigen Vorteil für das Unternehmertum und einen furchtbaren Schlag gegen die Arbeiterschaft, der dadurch nicht weniger schmerzlich wird, weil die Arbeiterschaft ihn gegen sich selbst führt. Starke Gewerkschaften sind heute notwendiger denn je, denn sie können das Bollwerk werden, das den letzten, entscheidenden Stoß der Gegenrevolution aufhält. Sie geschlossen zu erhalten und ständig zu stärken, ist darum eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse. Wir brauchen große, geschlossene, tatkräftige und klug operierende Gewerkschaften.

Lange genug haben sich die Unabhängigen den Kommunisten als Helfershelfer dienstbar erweisen, aber schließlich lief das Maß über. Man erkannte reichlich spät, daß es sich bei den Kommunisten um nichts andres als Dezentralisation und Zersplitterung der zusammengeballten Kräfte des Proletariats handelt, daß die Dezentralisation nicht auf dem Wege des gesellschaftlichen Fortschrittes liegt und somit auch im Hinblick auf den Sozialismus einen Rückschritt bedeutet. Diese Kampfmethode durften die Unabhängigen nicht mehr länger aktiv unterstützen, wenn anders die Arbeiterbewegung nicht zu dauernder Ohnmacht verurteilt sein sollte. Daß es wegen der notgedrungenen Revidierung des seitherigen Verhältnisses der unabhängigen zu der kommunistischen Partei über kurz oder lang zu einem Bruche zwischen Unabhängigen und Kommunisten kommen würde, war unschwer vorauszusehen.

Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte am 7. Oktober d. J. bestimmte den Zeitpunkt des offenen Konflikts. Hart prallten dort die Gegensätze über die Form der gewerkschaftlichen Organisation aufeinander zwischen den rechtsstehenden Anhängern der U. S. P. und deren linken Flügel, der in Übereinstimmung mit den Vertretern der K. P. D. die Betriebsorganisation für die geeignetste Organisationsform hielt. Nach dem Berichte der „Freiheit" über die Vollversammlung zu urteilen, wurde die Streitfrage „Betriebsorganisation oder Gewerkschaften?" von den Kommunisten nur als Vorwand benutzt, um den letzten Rest revolutionären Zusammenhalts zwischen Unabhängigen und Kommunisten zu sprengen. Es wurde dabei wieder ganz offenbar, daß die Kommunisten jede Anknüpfung an historisch Gewordenes, jede Weiterentwicklung in revolutionärem Sinn ablehnen. Der Vertreter der auf dem Boden der gewerkschaftlichen Organisation stehenden Vollzugsratsmitglieder betonte zwar die Notwendigkeit des engsten Zusammenschlusses in großen Industrieverbänden, erblickte aber in der Parole „Heraus aus den Gewerkschaften" Unheil für die Arbeiterschaft, auf deren Zerrissenheit die Reaktion nur warte. Er befürwortete schließlich namens der U. S. P. folgende Resolution:

> Die Vollversammlung erklärt zu der Frage „Betriebsorganisation oder Gewerkschaften", daß durch die Revolutionierung der Gewerkschaften diese als revolutionäre Kampforganisationen umgebaut werden müssen, daß aber im übrigen diese Frage keinen Anlaß zu Differenzen innerhalb der Arbeiterschaft eines Betriebes geben darf.

Im Verlaufe der Diskussion über die Resolution kam es zu tumultuarischen Auftritten. Ein kommunistischer Redner erklärte u. a., die Gewerkschaften würden den Bestrebungen zur Erhöhung und Förderung der Produktion Dienste leisten und so den Kapitalismus stärken. Deshalb müßten die Arbeiter der Betriebe, ohne Unterschied der Partei, zusammengefaßt werden zu revolutionären Stoßtrupps, um den Kampf für die Diktatur des Proletariats zu führen. Er prophezeite den Unabhängigen, daß sie ebenso, wie sie sich zur Diktatur des Proletariats gefunden hätten, sich über kurz oder lang zur revolutionären Betriebsorganisation zusammenfinden würden. Alle Mahnungen der besonneneren Unabhängigen an die Kommunisten, aus den Tatsachen zu lernen und die Arbeiter mit neuen Zersplitterungen zu verschonen, nicht bloß große Worte zu machen, sondern sich mit der harten Wirklichkeit und ihren Schwierigkeiten abzufinden, fruchteten nichts. Die Saat der von unabhängiger Seite gegen die „antirevolutionären" Gewerkschaftsinstanzen und gegen die angeblich dem Kapitalismus Handlangerdienste leistenden alten Gewerkschaftsführer betriebenen unverantwortlichen Hetze, sie hat eben zu tief Wurzel gefaßt in der kommunistischen Vorstellungswelt. Die eingebrachte Resolution der Unabhängigen wurde mit Mehrheit angenommen. Von kommunistischer Seite folgte darauf die Erklärung, daß der eben gefaßte Beschluß weittragende Konsequenzen haben würde und weiter die mit stürmischem Beifall aufgenommene und befolgte Aufforderung an die Kommunisten, eine weitere Zugehörigkeit zu dem Parlament der Arbeiterräte abzulehnen und den Saal zu verlassen. Damit war die Lösung des engen Verhältnisses zwischen den unabhängigen und den kommunistischen Arbeiterräten Groß-Berlins zur vollendeten Tatsache geworden. In ihrer Betrachtung der Vorgänge in der Vollversammlung schrieb die „Freiheit" über den Ausgang des Konflikts:

> So sehr wir die Spaltung bedauern als erneute Schwächung des revolutionären Proletariats, so müssen wir sie anderseits aber auch begrüßen. In einer so wichtigen Frage, die den Lebensnerv des revolutionären Proletariats ausmacht, mußte Klarheit geschaffen werden. Unsre Genossen haben reichlich Geduld aufgebracht gegenüber der Verwirrungsarbeit der Kommunisten. Aber sie taten es im Interesse der Einheit. Daß den Kommunisten diese Einheit des revolutionären Proletariats schnuppe ist, haben sie, wie so oft, auch jetzt wieder bewiesen. Nachgerade läuft ihre Behandlung der

Frage „Betriebsorganisation oder Gewerkschaften“ auf rein anarcho-syndikalistische Tendenzen hinaus. Die nun geschaffene Klarheit ist zu begrüßen. Im übrigen bedeutet der Austritt der Kommunisten keineswegs eine Schwächung des Vollzugsrats, da die Kommunisten ständig an Einfluß verlieren und als Partei in völliger Zersetzung begriffen sind.

Daß damit das Schlußwort in der Angelegenheit gesprochen sein sollte, ist kaum anzunehmen; es wird wohl der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der am 16. November in Leipzig zusammentritt, noch ein kräftig Wörtlein dazu sagen. Der vierte Punkt der Tagesordnung „Die Gewerkschaftsbewegung“ dürfte Anlaß dazu bieten. Inzwischen werden allerlei Liebenswürdigkeiten, mit denen sich die Brüder von einst zu bombardieren beginnen, die Situation noch wesentlich klären. Der Anfang dazu ist vielversprechend. In einem Artikel über den Metallarbeiterstreik widmet die „Freiheit“ den Kommunisten folgende nichts weniger als erbauliche Betrachtung:

Aber auch andre Elemente empfinden den großen Kampf der Metallarbeiter unbequem. So berichten die Streikleiter, daß die Kommunisten in ganz unverantwortlicher, geradezu verbrecherischer Weise in den Betrieben nicht nur die Sammlungen für die Streikenden sabotieren, sondern ganz offen ausgesprochen haben, daß sie mit allen Mitteln für ein Niederbrechen unsres Streiks agitieren wollen, um auf diese Weise die Zerstörung der Gewerkschaften möglich zu machen. Wie sie in ihren Versammlungen anführen, erhoffen sie dadurch eine Stärkung ihrer Organisation. Wie sie in einer Versammlung im Norden Berlins mitteilten, glauben sie, etwa 30000 Mitglieder einzufangen, wenn der Streik mit einem Mißerfolg enden sollte. Verbohrte Schädlinge der Arbeiterschaft, die dem Phantom eines neuen Syndikalismus nachlaufen, der durch die neuen Betriebsorganisationen seine sagenhafte Kraft zur Befreiung der Arbeiterklasse entfalten soll, indem er das Proletariat seines einzigen Machtmittels, der geschlossenen und tatkräftigen Organisation, beraubt. . . .

Wer lernen will, wie es nicht gemacht werden darf, wenn die Arbeiterschaft in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung vorwärts kommen soll, der braucht nur mit offenen Augen die politische und gewerkschaftliche „Tätigkeit“ der revolutionären Putschtaktiker zu verfolgen. Er wird mit Leichtigkeit erkennen, daß die Arbeiter in den Händen solcher Elemente lediglich die Rolle vom Versuchskaninchen für allerlei Experimente spielen. Während z. B. die Berliner Kommunisten, die dieserhalb mit den Unabhängigen in Konflikt gerieten, für die „revolutionäre Betriebsorganisation“ schwärmen und sich dafür stark machten, erblickt die Zentralleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands darin einen Verstoß gegen den heiligen Geist des Kommunismus! Das Erfurter kommunistische Blatt „Der Kommunist“ veröffentlichte folgende Kriegserklärung der kommunistischen Zentrale gegen die in Berlin erscheinende „Rote Fahne“:

Die „Rote Fahne“ von Berlin, auf deren Herausgabe die Zentrale der K. P. D. keinen Einfluß hat, hat in den letzten Nummern wiederholt Artikel veröffentlicht, die völlig dem Geiste des Kommunismus widersprechen und syndikalistisch waren. Als solche Artikel sprechen wir an denjenigen, der die Sabotage als individuellen Einzelakt, als die neue Waffe des Proletariats erklärt.

In ihrer Nummer 55—56 veröffentlicht nunmehr die „Rote Fahne“ einen Artikel, an dessen Schluß es heißt, daß das Proletariat erkennen müsse, daß es sich auf anderm Boden als dem der Partei zu formieren habe. Dieser Boden sei die revolutionäre Betriebsorganisation.

Damit ist im syndikalistischen Sinne Wesen und Zweck der politischen Partei überhaupt und der kommunistischen im besondern verneint.

Die Zentrale der K. P. D. erklärt, daß sie den oder die Verfasser dieses Artikels und die für dessen Aufnahme Verantwortlichen als der K. P. D. nicht mehr zugehörig betrachtet.

Das Durcheinander wird tagtäglich größer, und der Motzenkrach breitet sich unter den kommunistischen Schwarmgeistern immer weiter aus. Zuerst spalteten sie die S. P. D., dann die U. S. P. und nun ist die Reihe an ihnen selber. Spaltung und Wirrwarr überall, und trotzdem soll der Arbeiter die verschiedenen Ideologien unbesehen hinnehmen, wenn anders er nicht als „konterrevolutionärer Verräter und Schuft“ betrachtet sein will. Es gehört wahrhaftig ein Schädel vom Umfang einer Braupfanne dazu, um sich in dem Tohuwabohu noch zurechtzufinden. Und so etwas will die Arbeiter aus den Fesseln des Kapitalismus befreien und womöglich die Welt erlösen!

Demgegenüber leistet jeder, der mit dafür sorgt, daß die Gewerkschaften der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht bleiben, der Arbeiterschaft den allerbesten Dienst. Die Gewerkschaften trachten planmäßig und nüchternen Sinnes danach, dem Arbeiter über seine Berufstätigkeit zu einem vollwertigen Anteil an den Annehmlichkeiten des Lebens zu verhelfen, ihm Bildung und Wissen zu vermitteln und ihn herauszureißen aus der dumpfen Schwüle des Alltags. Jede Veränderung des Wirtschaftslebens kann nur in Gemäßheit der gegebenen Bedingungen erfolgen, nicht aber durch diktatorische Gewalt. Das lehren die anerkannten Theoretiker der Arbeiterbewegung, und das lehren uns unsre eignen Erfahrungen täglich aufs neue. Möge sich der einzelne politisch betätigen wo und wie er es für gut und richtig hält, aber vermeide er es, sich dieserhalb mit seinen Arbeitsbrüdern zu entzweien, die wirtschaftlich mit ihm am gleichen Strange ziehen. Nur die gewerkschaftliche Einigkeit kann uns aus dem Chaos der Zerrissenheit retten! Aus dieser Erkenntnis heraus muß jeder als Feind der Arbeiterklasse betrachtet werden, der es wagt, die Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung anzugreifen. Nicht Zersplitterung, sondern Zusammenfassung der Kräfte ist das Gebot der Stunde. „Das Gefühl muß sich am Lichte des Denkens klären und das Denken muß an der Wärme des Gefühls zur Reife gelangen“, sagt Carneri in seinem Werke „Der moderne Mensch“. Beherzigen wir das und beherzigen wir als Buchdrucker noch speziell das, was der Gründer unsres Verbandes vor über fünfzig Jahren in seiner Programmrede ausführte:

Wir sind hierher gekommen, um in Gemeinschaft ein Werk zu beraten, das weniger auf den augenblicklichen sichtbaren Erfolg, als vielmehr darauf berechnet ist, die Zukunft der deutschen Buchdrucker besser zu gestalten . . . Resolutionen sind in den letzten Jahren zur Genüge gefaßt worden, ohne einen weiteren Zweck zu haben; fügen wir ihnen nicht neue hinzu, sondern bewegen wir uns ausschließlich auf durchaus praktischem Gebiete. Dieser Weg ist allerdings oft ein sehr langer und beschwerlicher, aber er führt sicher zum Ziele. Wenn wir mit strengem Ernste, mit Geduld und Ausdauer und gutem Willen an unsre Aufgabe herantreten, so wird es uns verhältnismäßig leicht gelingen, einen Teil beizutragen zur Herbeiführung geregelter und besserer Zustände in unserm Gewerbe.

Gemessen an dem, was man heutzutage über arbeiter-„beglückende“ Ideen zu hören und zu lesen bekommt, besitzen diese Worte unsres Richard Härtel geradezu Ewigkeitswert.

Aus dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Gewerbe

Ablehnung des Berlin-Leipziger Rätelndustrieverbandes in Hamburg

Am 8. Oktober ist nun auch Hamburg der Schauplatz einer vollendeten Niederlage gewesen für die Bestrebungen, die auf Gründung eines Graphischen Industrieverbandes mit der Grundlage des Betriebsrätesystems hinauslaufen. Von einem „Propagandaausschuß für den Zusammenschluß des graphischen Gewerbes in Hamburg“ war nach dem großen Saale des „Gewerkschaftshauses“ eingeladen worden. Aus Berlin erschien das Vollzugsratsmitglied Stoll mit dem Hilfsarbeiter Kaß. Der linksstehende Berliner Vollzugsrat des einstigen Arbeiterrats von Groß-Berlin, den nach dem Ausscheiden auch der Kommunisten nunmehr nur noch die Unabhängigen bilden, hat wohl kaum noch ein Mitglied unter sich aufzuweisen, das nicht schon dem Graphischen Industrieverband aus der Taufe zu helfen bemüht gewesen ist; sogar Richard Müller versucht sich jetzt in dieser zweifelhaften Rolle. Überall jedoch die gleiche Wahrnehmung: Der Zusammenschluß der Arbeitnehmer im graphischen Gewerbe sei um seiner selbst willen zu fördern. Das liegt den obendrein fast durchweg mit keinerlei Fachkenntnis beschwerten Wanderrednern aber nicht in der Absicht. Der weit größte Teil ihrer Ausführungen sind vielmehr politische Räsonnements mit der obligaten Schimpferei auf die Gewerkschaftsführer. Sie selbst sind dann gar höchst erstaunt, wenn die Kommunisten ihnen begreiflich machen, daß das „Bonzentum“ außerhalb derjenigen Arbeiterkreise, für die man all die neuzeitlichen Schlagworte nur erfunden zu haben scheint, nicht minder anzutreffen ist und dort ebenso verurteilt werden müsse. Unabhängige und Kommunisten in Sachen des Graphischen Industrieverbandes Berlin-Leipziger Couleur an einem Strange ziehen zu sehen, ist deshalb eine Unnatürlichkeit, wie eine Paarung zwischen Hund und Katze es auch sein würde.

Referent Stoll machte aus seinem Empfinden kein Hehl: die Hamburger Atmosphäre behagte ihm gar nicht. War das die Ouvertüre seiner Ausführungen, so hat das Finale der Versammlung vollauf bestätigt, daß er einen guten Riecher besitzt. Erst die Sozialisierung, dann das Rätesystem und, durch Aushang von Zeichnungen noch verständlicher machen wollend, der Zusammenschluß der Betriebsräte zu Industriegruppen und diese wieder zu Wirtschaftsgruppen, so ging der eine Teil der Rede vom Stapel. Allzu fesselnd gewiß nicht. Im politischen, dem Hauptteile, flogen die mehrheitssozialistische Regierung, Noske im besondern, der Reichskanzler hinterher sowie die „Bonzen“ allerlei Gattung mit kräftigem Wurf in die Zeughäuse. Was man schließlich noch vom Betriebsrat und seinen Aufgaben zu hören bekam, wird für manchen nicht leicht faßlich gewesen zu sein; der Referent schien selbst nicht viel davon zu verstehen.

Gauvorsteher Runtzler machte hierauf für die jetzigen Zustände gerade die Leute verantwortlich, die auf die Hinausschiebung der Wahlen zur Nationalversammlung viel Energie verbraucht haben, die, entgegen dem alten Worte: „Proletarier aller Länder vereinigt euch“, Zersplitterung in die Arbeiterklasse getragen haben und die mit der systematischen Hetze gegen die „Bonzen“ jene immer noch vergrößerten. Da in Hamburg bei den Buchdruckern alljährlich die verantwortlichen Angestellten sich einer Neuwahl mittels geheimer Abstimmung in den Betrieben unterziehen müßten, könne jedenfalls von mangelnder Demokratie nicht gesprochen werden. Die vom Referenten gemachte Unterscheidung zwischen den vielgeschmähten „Bonzen“ und den Sekretären der Zukunftsorganisation bestehe gar nicht, denn die einen wie die andern seien doch die Willensvollstrecker ihrer Auftraggeber. Das Betriebsrätegesetz könne noch so gut sein, genügende Befähigung und Energie der Betriebsräte blieben doch die Hauptsache. Die bisherigen Zusammenschlußbestrebungen im graphischen Gewerbe näher erläuternd, unterbreitete der Redner alsdann der Versammlung eine längere Resolution.

Hilfsarbeiter Lohse sagte dem Berliner Rätepapstel ebenfalls einige Wahrheiten. Wenn auch die Gewerkschaften reformbedürftig seien, so brauchten wir doch keine neuen Organisationen. Das Vertrauensmännersystem müsse weiter ausgebaut werden und die Unorganisierten erst zu Gewerkschaftlern erzogen werden. Würde der Rätegedanke von der Organisation losgelöst, so bedeute das nichts als Zersplitterung. Der von Betrieb zu Betrieb gehende, für seine Kollegen Vergünstigungen herausschlagende Gewerkschaftsangestellte bleibe jedenfalls mehr in Verbindung mit der Masse als der Parteisekretär Stoll aus Berlin.

Der als Assistent aus Berlin erschienene Hilfsarbeiter Kaß äußerte die entgegengesetzte Auffassung. Nach seiner Meinung verlieren die Führer durch jahrelange Tätigkeit die Fühlung mit den Massen. Die Berliner ständen auf dem Standpunkte des Zusammenschlusses (was von Zurufen „Wir auch!“ und „Welchen?“ begleitet wurde). Die Unternehmer schlössen sich fest zusammen; beim Berliner Hilfsarbeiterstreik seien sogar Berliner Zeitungen in Leipzig gedruckt worden. (Bei nur wenig Nachdenken muß dem Berliner Hilfsarbeiter Kaß diese Behauptung selbst recht dumm vorkommen. Red.)

Buchdrucker Marquard sprach sich für das kommunistische Rätesystem aus.

Buchdrucker Thorbauer erklärte: Die graphischen Organisationen umfassen schon über 90 Proz. der Berufsarbeiter, warum wende man sich nicht an sie, wenn alle Kräfte zusammengeschlossen werden sollten? Es sei das Elend des Proletariats, daß es in schicksalsschwerer Zeit in S. P. D., U. S. P., K. P. D., Freie Sozialisten, Syndikalisten und noch andre Gruppen und Grüppchen zerfalle. Das sei eine recht sonderbare Zusammenfassungsmethode. Wenn man sie auch auf unsre Organisationen übertragen wolle, müßten wir das ganz entschieden ablehnen.

Darauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Im Schlußworte verteidigte Stoll noch einmal die bewußte Kampforganisation zur Abschaffung des Kapitalismus. „Schaffen Sie sich Führer, die Sie jederzeit absägen können!“ Mit dieser neuen Phrase vermeinte er doch noch einiges reifen zu können; als er dann aber zum abschreckenden Beispiele das Regulativ des Metallarbeiterverbandes erwähnte, scholl es ihm vielfagend entgegen: „Das sind ja U. S. P.!“

Hatten die den Berliner Belehrungskünstlern entgegenstehenden Ausführungen der Hamburger Redner (außer Marquard) lebhaftesten Widerhall bei fast allen Anwesenden gefunden, so zeigte die Annahme der Resolution Runtzler gegen nur wenige Stimmen das verlorene Spiel von Stoll und Genossen ganz eklatant. Diese Entschließung lautet:

Die am Mittwoch, dem 8. Oktober, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“ tagende Versammlung der im graphischen Gewerbe tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen steht auf dem Boden der von den Gewerkschaftskongressen in bezug auf die Industrieverbände gefaßten Beschlüsse. Nur starke gewerkschaftliche Organisationen sind imstande, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder ausreichend zu vertreten. Ein Zusammenschluß der im graphischen Gewerbe bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen kann nur erfolgen durch Beschlüsse der dazu berufenen Kongresse der einzelnen Verbände. Bis dahin sind alle die Organisationen berührenden gemeinsamen Angelegenheiten wie bisher durch das Graphische Kartell in zweckentsprechender Weise zu erledigen. Den vom „Graphischen Block“ propagierten Industrieverband sieht die Versammlung nicht als geeignet an zur Vertretung der Arbeiterinteressen; sie erblickt in ihm vielmehr eine Schädigung der Arbeiterklasse, da durch seine Gründung eine Zersplitterung in die Reihen der Gewerkschaftsmitglieder hineingetragen wird. Im Hinblick auf die kommenden schweren Kämpfe mit dem Unternehmertum muß eine solche Zersplitterung mit allen Mitteln bekämpft werden. Die Versammelten geloben, nach wie vor an den bewährten Grundsätzen der Gewerkschaftsbewegung, von deren Notwendigkeit noch auf lange Zeit hinaus sie überzeugt sind, unter allen Umständen festzuhalten.

Das ist also eine Absage in aller Form. Die Hamburger graphische Arbeiterschaft hat damit bekundet, daß sie selbst weiß, was ihr frommt. Die Rezepte von Leuten und Parteien, die einander über den Haufen reden und mit unmöglichen Doktrinen sich gegenseitig umbringen, müssen im Interesse der graphischen Arbeiter entschieden abgelehnt werden. Das möge man sich in Berlin und in Leipzig gesagt sein lassen.

X. X.

Korrespondenzen

Bamberg. Am 22. September erstattete unser Gauvorsteher Hemmerich der fast vollzählig erschienenen Mitgliedschaft Bericht von den jüngsten Tagung des Tarifausschusses. In der sich anschließenden Diskussion wurde die Zurücksetzung der Neuausgelernten sowie der Provinz gegenüber den Großstädten einer herben Kritik unterzogen und betont, daß man hierorts als Entschädigung hierfür ein ganz energisches Eintreten unsres Gauvorstandes an maßgebender Stelle in der Frage der Lokalzuschläge bestimmt erwarte, zumal Bamberg schon längst in die nächst höheren Staffeln gehöre und dadurch die Gehilfenschaft bei den Teuerungszulagen stets im Rückstande waren; zudem wurde Bamberg der Servisklasse B einverleibt, so daß unsre Forderung: Erhöhung des Lokalzuschlags auf 17½ Proz., keine unbillige sei.

Berlin. (Rotationsabteilung. — Halbjahrsbericht.) Die Versammlung am 4. Mai beschäftigte sich hauptsächlich mit der Beratung von Anträgen, welche die von der Abteilung eingesetzte Kommission zur Überweisung an die bevorstehende Tagung des Tarifausschusses gestellt hatte. In diesen Anträgen kam zum Ausdruck, daß wir, genau wie die Maschinensetzer, als qualifizierte Arbeiter einen prozentualen Aufschlag auf das Lohnminimum verlangen. Der immer komplizierter und umfangreicher werdende Baugart der Maschinen soll durch entsprechende Mehrbesetzung Rechnung getragen werden. Ihr Hauptaugenmerk richtet die Abteilung darauf, daß es endlich zur Durchführung kommt, die rein technischen Arbeiten nur dem Maschinenmeister zur Ausführung zu überlassen. Große Erregung rief auch die Herabsetzung der bisher üblichen Nachtzuschläge von 33⅓ Proz. auf 25 Proz. hervor. Besondere Kritik wurde an einem Tarifamtsurteile geübt, in welchem die Nachtzuschläge sogar auf 20 Proz. gekürzt wurden. Vor letzterer Instanz als Einigungsamt waren hauptsächlich die Grundlöhne Gegenstand der Verhandlung, da sie weder mit den in den Firmen befindlichen Abteilungen, noch mit denen andrer Firmen in Einklang zu bringen waren, geschweige mit den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen. — Die Juniversammlung hörte als Hauptpunkt ein Referat des Tarifamtsmitgliedes Kollegen Crost über die Verhandlungen des Tarifausschusses. Durch kurze, sachliche Anführung aller wichtigen Verhandlungsmomente verschaffte sich der Referent aufmerksame Zuhörer. In der Diskussion kam die Enttäuschung zum Ausdruck, daß unsre Anträge nicht zur Verhandlung gekommen, sondern der Kommission, die zur Vorbereitung der Revision eingesetzt ist, überwiesen wurde. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, recht rege Material für die kommende Tarifrevision zu sammeln. Die Versammlung im Juli fiel aus. — Die Augustversammlung wurde in Form eines Ausflugs mit Familien veranstaltet. — In der Versammlung im September hatte es wiederum Kollege Crost übernommen, den Bericht von der Tarifausschußsitzung zu erstatten. Die sehr lebhafte Diskussion, die sich an das Referat anschloß, bewies dem Referenten, daß seine Worte dankbare Aufnahme gefunden hatten. Mißstimmung rief die Mitteilung hervor, daß unsre Anträge wieder vertagt seien bis zur nächsten Tarifausschußsitzung. Eine Resolution fand einstimmige Annahme: Darin nahm die Versammlung der Rotationsmaschinenmeister Groß-Berlins mit größtem Bedauern Kenntnis von der wiederholten Zurückstellung ihrer im Mai an den Tarifausschuß gestellten Anträge zur Abänderung des Tarifs. Sie erklärte einstimmig, mit aller Kraft dahin wirken zu wollen, daß ihren berechtigten Anträgen Geltung verschafft wird. In allen Versammlungen fanden fachtechnische wie organisatorische Angelegenheiten ihre Erledigung.

Berlin. (Schriftgießer.) Vor Eintritt in die Tagesordnung der Versammlung am 23. September widmete der Vorsitzende den verstorbenen Kollegen einen ehrenden Nachruf, insbesondere dem Kollegen Reinche. Durch seine langjährige Tätigkeit in der Zentralkommission und im Berliner Vereine solle er den Kollegen ein Vorbild sein. In einstündigem Vortrag erläuterte der Referent Wermuth die Notwendigkeit der Arbeiterräte. Auf der Basis, wie sich die Kommunisten die Sache vorstellen, sei allerdings eine Diktatur des Proletariats nicht durchzuführen. Erst wenn das Proletariat den Sinn des Sozialismus erfaßt und den andern Staaten gezeigt habe, was geschaffen werden kann, sei die Zeit der wirklichen Weltrevolution gekommen. Reicher Beifall belohnte die Ausführungen des Referenten. In der Diskussion stellten sich die Redner so ziemlich auf denselben Standpunkt. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß der Messinglinientarif an die Prinzipale abgeschickt sei, es könne in Verhandlungen eingetreten werden. Betreffs der Reichslohnordnung soll Ende September eine Vollversammlung der Prinzipale stattfinden. Sollte die Lohnordnung nicht bis 1. Oktober geregelt sein oder sich die Prinzipale in keine Verhandlungen einlassen, so wird die Zentralkommission sofort die nötigen Schritte unternehmen. Zu den Verhandlungen wurden zwei Vertreter und ein Ersatzmann gewählt. Ein Antrag auf Forderung einer Entschuldungssumme wurde nach reiflicher Aussprache, da wir uns jetzt in der Tarifbewegung befinden, aus Zweckmäßigkeitsgründen abgelehnt. Darauf erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Döbeln-Roßwein. Am 20. September fand in Niederstriegis eine gemeinsame Versammlung beider Ortsvereine statt, welche sehr gut besucht war. Die Versammlung befaßte sich hauptsächlich mit der Verschmelzung beider Ortsvereine. Um ein festes Zusammenhalten in tariflichen Angelegenheiten zu erzielen, wurde einstimmig die Verschmelzung beider Ortsvereine beschlossen unter dem Namen „Ortsverein Döbeln-Roßwein". Die Wahl eines zweiten Vorsitzenden wurde auf die nächste Tagesordnung verschoben. Eine sehr lebhafte Debatte entspann sich bei der Erhöhung des Ortsvereinsbeitrags. Schließlich wurde ein Antrag auf Erhöhung des Beitrags um 10 Pf. angenommen. Der Ortsvereinsbeitrag beträgt somit ab 4. Oktober 20 Pf. Auf Anregung verschiedener Kollegen soll ein Typographischer Klub ins Leben gerufen werden. Die Vorarbeiten wurden dem Kollegen Koyer (Döbeln) überlassen. Zu dem Ergebnisse der letzten Tarifberatungen wurde Stellung genommen und nach einer lebhaften Aussprache eine Entschließung gutgeheißen, in der zum Ausdruck kommt, daß sich die hiesigen Kollegen in ihren auf die Tarifberatungen gesetzten Hoffnungen in jeder Beziehung enttäuscht sehen. Die von uns schon seit Jahren beantragte Erhöhung des Lokalzuschlags (zur Zeit noch 2½ Proz.) ist bis jetzt unbeachtet geblieben. Während in andern Städten Sachsens eine Erhöhung des Lokalzuschlags während des Krieges vorgenommen wurde, ist Döbeln weiterhin stiefmütterlich behandelt worden. Nachdem noch unter „Verschiedenem" einige Angelegenheiten erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende die von kollegialem Geiste durchdrungene Versammlung mit dem besten Wunsche für die Zukunft des Verbandes.

Görlitz. (Maschinenmeisterbezirksverein. — Halbjahrsbericht.) Nachdem unser Verein wieder auf der alten Höhe angelangt ist und die Vereinsgeschäfte in regelmäßigen Versammlungen erledigt werden, soll heute ein kurzer Tätigkeitsbericht gegeben werden. Unserm Kollegen Trautmann, der sich mit Lust und Liebe während der Kriegsjahre, in denen der Mitgliederstand bis auf drei herabgesunken war, unsrer Sache angenommen hatte, ist es zu danken, daß der Verein nicht ganz schlafen gegangen ist. In der Generalversammlung am 21. März begrüßte Vorsitzender Trautmann die aus dem Felde heimgekehrten Kollegen und schilderte Gefahren und Schwierigkeiten, welche den Kollegen im Feld und in der Heimat entstanden. Das Andenken der Gefallenen wurde in üblicher Weise geehrt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Buttig II als Vorsitzender gewählt. Weiter wurde die Erhöhung des Beitrags auf 15 Pf. wöchentlich beschlossen. — In der Versammlung am 25. April sprach Kollege Buttig II dem Kollegen Trautmann Dank für seine aufopfernde Tätigkeit als früherer Vorsitzender aus. Aufgenommen wurden drei Kollegen. Über seine Tätigkeit, Beobachtungen und Erfahrungen als Buchdrucker in Kiew hielt Kollege Buttig I einen sehr interessanten Vortrag. Dem Wunsch einiger Maschinenmeister- und Stereotypeurkollegen nachkommend, wurde beschlossen, die Stereotypeure zur nächsten Versammlung einzuladen. — Am 14. Juni fand unsre erste Wanderversammlung nach dem Kriege statt. Zur Juliversammlung hatten sich auch drei Stereotypeurkollegen eingefunden. Den Vorschlägen im Zirkular der Zentralkommission betreffs der Kreisvorstände wurde im allgemeinen zugestimmt und der Anschluß von Görlitz an Dresden beantragt. Es wurde beschlossen, bei genügend gesammeltem Material über Schwierigkeiten beim Plattendruck die Stereotypeure zu Versammlungen zuzuziehen, da nur ein Hand-in-Hand-arbeiten Vorteile bringen kann. Auf Ersuchen stellte uns die Vogtländische Maschinenfabrik Material über den Offsetdruck zur Verfügung, an Hand dessen uns Kollege Buttig I einen interessanten Vortrag über den Werdegang dieses Verfahrens hielt. Nach Erledigung technischer Fragen wurde die Versammlung geschlossen. — Am 9. August war uns von der Firma Hoffmann & Reiber die Besichtigung der neuen Schnellgießanlage und der 32seitigen Rotationsmaschine gestattet worden. Entgegenkommenderweise stellten uns Lankes & Schwärzler reichliches Material über Kreidereliefzurichtung zur Verfügung, sodaß am 5. August Kollege Brocke einen leichtverständlichen Vortrag über dieses noch zu wenig Kollegen bekannte Verfahren halten konnte, wozu auch im dritten und vierten Lehrjahre stehende Lehrlinge eingeladen waren. Ein Abend findet noch später statt. Es folgte noch eine Aussprache über Vor- und Nachteile der verschiedenen Anlegeapparate. Unser Mitgliederstand beläuft sich auf 17. Zum Schlusse sei noch den werten Firmen und Kollegen, die es uns durch Material, Besichtigung und Vorträge ermöglichten, unsre Versammlungen interessant zu gestalten, bestens gedankt.

Greifswald. Unsre Herbstbezirksversammlung fand am 21. September hier statt. Leider konnte den auswärtigen Teilnehmern keine Fahrtentschädigung aus der Bezirkskasse gezahlt werden, da die Kassenverhältnisse es nicht gestatteten. Trotzdem konnten wir eine große Teilnehmerzahl verzeichnen. Ausschlaggebend für den zahlreichen Besuch mag wohl die „Berichterstattung über die letzte Tarifausschußsitzung" gewesen sein. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles erteilte Vorsitzender Warnke unserm Gauvorsteher Hannack (Stettin) das Wort zur Berichterstattung. Im Anschlusse hieran verbreitete er sich noch in längeren Ausführungen über die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die jetzige Regierung, wie überhaupt die Zeit von der Revolution bis jetzt. Der Dank für die interessanten Ausführungen wurde ihm vom Vorsitzenden im Namen der Versammlung ausgesprochen. In der Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß die Provinz durch die Staffelung der Teuerungszulagen diesmal schwer benachteiligt worden sei, da die Lebensweise hier ebenso teuer ist wie in der Großstadt. Denn gerade dadurch, daß die Großstädter mehr an Lohn erhalten, sind sie in der Lage, die dorthin verschobenen Lebensmittel zu kaufen, während wir in der Provinz das Nachsehen haben. Eine die Einführung des Rätesystems fordernde Resolution wurde abgelehnt, dagegen eine andre einstimmig angenommen, die besagt: Die Versammlung sieht in der enormen Staffelung der letzten Teuerungszulage eine ungerechtfertigte Zurücksetzung der Kollegen in der Provinz und erklärt die auf die Provinz entfallende Erhöhung gegenüber der in der Großstadt nicht teureren Lebenshaltung als völlig unzureichend. Für die Zukunft wird eine unbedingte Gleichstellung aller Gehilfen gefordert. Als nächster Tagungsort wurde Greifswald, eventuell Grimmen, gewählt.

Neurode. Unsre letzte Versammlung befaßte sich neben einigen Punkten von lokaler Bedeutung auch mit den neusten Teuerungszulagen. Die Debatte darüber war sehr erregt, und in einer Entschließung kam zum Ausdruck, daß trotz Anerkennung der Schwierigkeiten, die unsre Gehilfenvertreter bei der letzten Tarifausschußsitzung zu bewältigen hatten, entschieden Protest gegen die abermalige Zurücksetzung der Provinz bei den Teuerungszulagen erhoben werden müsse. Es lasse sich durch nichts begründen, daß das Minimum in der Provinz 20 bis 30 Mk. hinter den Großstädten zurückbleibe. Diese Ungerechtigkeit müsse bei der Festsetzung der Lokalzuschläge ausgeglichen werden.

F. Osnabrück. Die am 14. September in Melle abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Wenn die kleinen Orte aus der nordwestlichsten Ecke des Bezirks nicht vertreten waren, so liegt das an den heutigen Verkehrsverhältnissen. Aus dem Berichte des Vorsitzenden Tiemann war durchweg nur Gutes zu entnehmen. Besonders die Zahl der Mitglieder hat rapid zugenommen. Durch die Bemühungen des Bezirksvorstandes ist es gelungen, in vielen Orten, wo sonst keine Mitglieder standen, Fuß zu fassen. Auch konnte die Gründung eines Ortsvereins in Ibbenbüren vorgenommen werden, welches sonst immer ein Schmerzenskind des Bezirks war. Die Teuerungszulagen wären durchweg an allen Orten eingeführt, wenn es auch nicht immer ohne Nachdruck von seiten der Gehilfenschaft gegangen ist. Zur weiteren Fortbildung der Kollegen haben sich in Osnabrück und Melle Typographische Vereinigungen gebildet, die sich eines guten Mitgliederstandes erfreuen. Für das kollegiale und gesellige Zusammengehörigkeitsgefühl sorgt in Osnabrück der Kollegengesangverein, der auch die Versammlungsteilnehmer durch einige Liedervorträge erfreute. Das Hauptinteresse nahm dann wohl der von unserm Gauvorsteher Pfingsten (Hannover) gehaltene Vortrag: „Die Situation im Buchdruckgewerbe", ein. Durch seine ruhige, sachliche Vortragsweise verstand es der Referent, ein anschauliches Bild von der Lage unsres Berufs zu geben. Ebenso gab er den Anwesenden nähere Auskunft über das Rätesystem und die Betriebsausschüsse, hierdurch manche falsche Auffassung klärend. Der Redner kam zu dem Schlusse, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit uns zum Ziele führen können. Der reiche Beifall zeigte, daß die Anwesenden mit den Ausführungen einverstanden waren. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Osnabrück bestimmt.

Ratibor. Unsre Monatsversammlung am 30. August beschäftigte sich nach verschiedenen internen Angelegenheiten auch wieder mit Oberschlesiens Zukunft. Bezüglich einer Redaktionsanmerkung zu einem Artikel im „Korr.", daß „die oberschlesischen Kollegen mit der Gründung eines deutsch-polnischen Verbandes beschäftigt seien", stellte der Vorsitzende fest, daß er auf der sich mit dieser Frage beschäftigenden Versammlung des Bezirks Beuthen für ein Verbleiben beim deutschen Verbande ganz entschieden eingetreten sei, womit er auch allseitig Anklang fand. Falls wir, was wir nicht hoffen, bei der noch im Schoße der Zeiten schlummernden Abstimmung in Oberschlesien zu Polen fallen sollten, wollen wir doch unter allen Umständen am deutschen Verbande festhalten, da hiermit den Kollegen am besten gedient ist. Durch eine Selbständigmachung im Falle der Abtrennung Oberschlesiens vom Reiche würden insbesondere die älteren Kollegen benachteiligt werden, denn eine in diesem Falle zu fordernde Abfindungssumme könne keinen vollen Ersatz bieten. — In der Versammlung am 20. September wurde das Ergebnis der letzten Tarifverhandlungen eingehend erörtert. Die Entrüstung, welche sich der Kollegenschaft infolge des famosen Prinzipalsantrags auf Abbau der Teuerungszulagen bemächtigt hatte, machte einer ruhigeren Besprechung des Ergebnisses Platz. Anerkannt wurde, daß sich unsre Vertreter energisch für unsre berechtigten Forderungen eingesetzt haben. Die Versammlung rügte jedoch aufs schärfste, daß die neuen Zulagen wiederum nach Lokalzuschlägen gestaffelt worden sind, was im höchsten Grade ungerecht sei. Unser der Servisklasse B angehörender Ort erhält also wieder nur die geringste Teuerungszulage, was geradezu erbitternd wirke, wenn man sich die für einen Industrieort, wie Ratibor es ist, unerhört teuren Verhältnisse vor Augen halte. Mit aller Entschiedenheit forderte die Versammlung die gleichen Lokalzuschläge wie unser Bezirksvorort Kattowitz. Es erweckt den Anschein, als ob wir in der Provinz zu Kollegen zweiter Klasse degradiert werden sollen. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Ein Unterschied in der Lebenshaltung zwischen Großstadt und Industriebezirk sei überhaupt nicht mehr vorhanden, und infolgedessen müsse mit der dauernden Benachteiligung der Provinzkollegen nun endlich einmal Schluß gemacht werden.

Reutlingen. Am 31. August hielt der Bezirksverein Achalm eine Versammlung ab, die aus den Druckorten Reutlingen, Pfullingen, Metzingen, Urach und Mürtingen gut besucht war. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden Kern und Entgegennahme des Kassenberichts wurde der Statutenentwurf, der bereits vor dem Krieg aufgestellt war, durchberaten und in der Hauptsache gutgeheißen. Als Vertreter für den Gautag wurden zwei Kollegen von Reutlingen, einer aus Mürtingen bestimmt. An den Gautag sollen einige Anträge gestellt werden betreffend Erhöhung der Kranken- und Erwerbslosenunterstützung. In

eingehender Weise referierte Kollege **Müller** über die tags zuvor in Stuttgart abgehaltene Versammlung, in welcher Gauvorsteher Klein über die letzten Tarifverhandlungen berichtet hatte. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, worin zum Ausdruck kam, daß das Erreichte ganz ungenügend ist. Nach Erledigung interner Angelegenheiten und Entgegennahme der Berichte aus den einzelnen Druckorten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Salzwedel. In unsrer Versammlung am 16. September konnten wir zunächst einen aus langer Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Kollegen herzlich und dankbar begrüßen. Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm sodann die Besprechung des Ergebnisses der Tarifausschußverhandlungen in Anspruch, das von allen Seiten als wenig befriedigend angesehen wurde. Die Staffelung der Teuerungszulagen sei eine ungerechte Benachteiligung der Kollegen in den kleinen und mittleren Städten. Bedenken wurden auch zu dem Beschlusse betreffs Geltung der Abmachungen bis 31. März geäußert. Zur technischen Fortbildung der Kollegen wurde die Gründung einer Typographischen Vereinigung und der Anschluß an den Verband der Typographischen Gesellschaften beschlossen.

Schmalkalden. Unser Ortsverein beschäftigte sich in seiner Versammlung vom 20. September mit den Ergebnissen der letzten Tarifausschußsitzung. Die Versammelten stellten mit Entrüstung fest, daß die Provinzkollegen wieder einmal zurückgesetzt worden seien, trotzdem die allgemeinen Lebensbedingungen denen der Großstädte gleichzustellen sind. Sie protestieren aufs schärfste gegen die Zurücksetzung der Provinzkollegen und forderten eine Wiederaufnahme der Tarifausschußsitzungen.

Stuttgart. (Maschinensetzer.) In der gutbesuchten Versammlung am 20. September besprach der Vorsitzende das Resultat der letzten Tarifausschußsitzung, dabei betonend, daß die Maschinensetzer von dem Resultat sehr enttäuscht wurden. Vor allem habe die Nichtbewilligung einer Arbeitszeitverkürzung den größten Unwillen unsrer Kollegen ausgelöst. Es müsse in Zukunft mit allen Mitteln dahin gearbeitet werden, daß eine durch die intensivere Arbeit an der Maschine begründete und deshalb berechtigte Arbeitszeitverkürzung erreicht wird. Trotz der um 25 Proz. höheren Teuerungszulage hätten die Maschinensetzer noch lange nicht ihren tariflich höheren Lohn erreicht. Er forderte die Kollegen auf, sich recht rege an den Veranstaltungen des Vereins zu beteiligen. Alsdann hielt Kollege Otto Bauß einen sehr zeitgemäßen Vortrag über: „Beheizungen der Setzmaschinen". Die sich immer mehr verschlimmernde Kohlen- und Gasnot in Süddeutschland (wir mußten bei Talglicht tagen) zwingt auch die Maschinensetzer, sich von der seither üblichen Gasheizung immer mehr unabhängiger zu machen. Die verschiedensten Heizungsmethoden, angefangen mit Petroleum und Benzinheizung, Wasserstoff- und Azetylengas, sowie Gasdruckerhöher und Sauggasanlagen, großenteils aus eigner praktischer Erfahrung erläuternd, kam der Referent auf die elektrische Heizung zu sprechen, die er mit Recht als die „Heizung der Zukunft" bezeichnete. Unterstützt durch die Arbeitsgemeinschaft Stuttgarter Buchdrucker, konnte der Referent in der Schweiz in mehreren Städten und Druckereien sowie in der Fabrik von Winkler, Fallert & Ko. die Vorzüge der elektrischen Heizung durch eigne Anschauung und Vorführung in der Praxis kennen lernen. Die in der Schweiz damit gemachten Erfahrungen seien durchweg gut zu nennen. Wenn auch die Anschaffungskosten auf Grund der schlechten Valuta etwas hohe seien, so ergebe sich aber doch im Gegensatze zu den jetzt hohen Gaspreisen eine Verbilligung der Betriebskosten, und vor allen Dingen müsse ja, was für uns Maschinensetzer die Hauptsache ist, zugegeben werden, daß diese Heizungsmethode die hygienisch einwandfreiste ist. Mit Genugtuung konnte er mitteilen, daß in Stuttgart eine große Anzahl (ungefähr 30) Maschinen diese Einrichtung in Bälde erhalten sollen. Unter Punkt „Technisches" wurde von dem Vertreter des Typograph in der Technischen Kommission, Kollegen Keim, einige Störungen besprochen, ebenso wurden den Kollegen noch Ratschläge gegeben über die Behandlung der Gasuhren bei den jetzt so häufig vorkommenden Störungen, welche durch die Gassperre verursacht werden. Nach zweieinhalbstündiger Dauer konnte der Vorsitzende mit der Aufforderung, im Laufe des Winters alles daran zu setzen, die Sparte zu dem Faktor zu machen, mit dem bei der nächstjährigen Tarifrevision gerechnet werden müsse, die anregend verlaufene Versammlung schließen.

Wiesbaden. Nach monatelanger Wartezeit ist es im August endlich gelungen, die ab Mai gültigen Teuerungszulagen noch kurz vor der neuen Tagung des Tarifausschusses auch für Wiesbaden durchzudrücken. Durch die Anträge der Prinzipale betreffs Sonderbehandlung der besetzten Gebiete und die dadurch bedingten Verhandlungen war die Angelegenheit immer wieder verzögert worden. Das Vorstelligwerden bei den Prinzipalen, bei der Behörde und beim Schlichtungsausschusse brachte nur teilweisen Erfolg, so daß schließlich der Gehilfenschaft der Geduldsfaden riß. Trotz des entgegenstehenden Verbots der französischen Behörde beschlossen die Versammlungen vom 15. und 16. August einstimmig, zur Erreichung unsres Zieles in den Streik bzw. die passive Resistenz einzutreten. Am 18. August wurde dieser Beschluß zur Durchführung gebracht, und zwar mit dem Erfolge, daß innerhalb weniger Stunden von sämtlichen Firmen die Gesamtforderung bewilligt war. Am Nachmittage des gleichen Tages waren sämtliche Betriebe wieder in Tätigkeit, so daß unsre Lohnbewegung in der Öffentlichkeit gar nicht in Erscheinung trat. — In der Versammlung am 13. September wurde Stellung zu den neuen Verhandlungen des Tarifausschusses genommen. Gehilfenvertreter Nepecks (Frankfurt a. M.) berichtete in ausführlicher und sachlicher Weise über die Berliner Tagung. In der darauffolgenden Aussprache wurde — obwohl man mit dem Ergebnisse der Tarifverhandlungen nicht befriedigt war — doch den Gehilfenvertretern Dank und Anerkennung gezollt. Die Ansicht der sehr gut besuchten Versammlung fand ihren Ausdruck in einer einstimmig angenommenen Entschließung. Danach gab sich die tariftreue Gehilfenschaft des Bezirks Wiesbaden mit der geleisteten Arbeit der Gehilfenvertreter zufrieden, obwohl ein Ausgleich der weiter verteuerten Lebenshaltung nicht erzielt worden sei. Unverständlich sei es, daß die Prinzipalsvertreter sogar Anträge auf Herabsetzung der Löhne zu stellen wagten. Die Versammlung erwartete die glatte Einführung der neuen Lohnsätze ab 1. Oktober und wünschte auch fernerhin die Respektierung unsres Tarifs, um dem Buchdruckgewerbe größere Erschütterungen zu ersparen.

Würzburg. In einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung am 20. September hielt unser Gauvorsteher Hemmerich (München) einen ausführlichen Vortrag über „Die gegenwärtige Lage und die Beschlüsse der letzten Tarifausschußsitzung". Die bereits vom „Korr." gegebene Berichterstattung wurde durch tieferes Eingehen in die Materie wesentlich ergänzt und die Versammlung davon überzeugt, daß unsre Gehilfenvertreter trotz hartnäckigen und zähen Widerstandes von seiten der Arbeitgeber ideelle und materielle Vorteile für die Gehilfen herauszupressen verstanden, soweit es eben möglich war. Die anknüpfende Diskussion war eine ruhige und sachliche, mitunter zuviel vom Spartengeiste getragene, und verdichtete sich zu einer einstimmig angenommenen Entschließung. Danach nahmen die Versammelten mit Entrüstung Kenntnis von den Ergebnissen der Tarifverhandlungen und erblickten darin keinen Ausgleich mit der sich immer mehr steigernden Lebenshaltung. Sie protestierten mit aller Entschiedenheit gegen das anmaßende Gebaren unsrer Arbeitgeber, die in vollständiger Verkennung der momentanen wirtschaftlichen Notlage Anträge auf Abbau der Teuerungszulagen stellten und damit den gerechten Forderungen der Gehilfenschaft direkt hohnsprachen; sie protestierten ferner gegen die Methode der Arbeitgeber, ihre Mitglieder durch Unterschreiben von Reversen zu verpflichten, keinerlei Extrazulagen an ihr Personal zu zahlen, und ersuchten das Tarifamt, die Prinzipalität zur sofortigen Aufhebung dieses gegen die guten Sitten verstoßenden Systems zu zwingen. Den Gehilfenvertretern sprach die Versammlung für energisches Vertreten der Arbeiterinteressen ihren Dank aus, erwartet jedoch, daß sie sich, wenn die wirtschaftliche Notlage es erheischt, nicht an den Endtermin der letzten Teuerungszulagenperiode für gebunden erachten, sondern gegebenenfalls mit entsprechenden Maßnahmen einen gerechten Ausgleich herbeizuführen versuchen. Die Versammlung gab sich endlich der bestimmten Erwartung hin, daß das Kreisamt bei Festsetzung der Lokalzuschläge dem Antrage der Würzburger Gehilfenschaft Rechnung trägt. Eingangs der Versammlung wurden zwei Neuaufnahmen befürwortet.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Der Kampf um die Gewerkschaften, II (Schluß). — Luzerner Kongreßbilder, VI. — Anrechnung der Kriegsdienstzeit bei den Karenzen. — Keine Erhöhung der Leistungen des Verbandes!

Aus dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Gewerbe: Ablehnung des Berlin-Leipziger Räteindustrieverbandes in Hamburg.

Korrespondenzen: Bamberg. — Berlin (R.-M.-M.). — Berlin (Schr.). — Döbeln-Roßwein. — Görlitz (M.-M.). — Greifswald. Neurode. — Osnabrück. — Ratibor. — Reutlingen. — Salzwedel. — Schmalkalden. — Stuttgart (M.-S.). — Wiesbaden. — Würzburg.

Rundschau: Nachahmenswerte Beispiele. — Der Inseratenteil als Fessel der Meinungsfreiheit für Redakteure. — Zur Inseratensteuer. — Einheitliche Vergebung amtlicher Anzeigen. — Generalstreik im Saarrevier. — Ein Reichsarchiv für Tarifverträge.

(Hierzu eine Beilage.)

Gau Schleswig-Holstein

Zwecks Erlangung typographisch einwandfreier Drucksachen erläßt der Gauvorstand zwei Preisausschreiben:

1. Neujahrskarte mit folgendem Text: „Der Vorstand des Gaues Schleswig-Holstein entbietet allen Gönnern, Mitarbeitern und Funktionären zum neuen Jahre 1920 beste Glückwünsche." Format handlich. Farben bis zu zwei. Tonplatten zulässig. Einzureichen bis zum 20. November an Kollegen Brüter.

2. Umschlag für den Gaubericht Text und Größe wie im verflossenen Jahr. Einzureichen bis zum 1. Januar an Kollegen Brüter, Kiel, Schauenburgerstr. 34 p.

Die Bewertung der zwei Preisausschreiben übernimmt die Typographische Vereinigung Hannover. Zu verwenden für beide ist Schriftgießereimaterial. Als Preise sind ausgesetzt je 50 Mk.

Der Wettbewerb soll zu einer Rundsendung zusammengestellt werden. Deshalb werden die Kollegen ersucht, die zum Gau gehören, sich recht rege an diesen Arbeiten zu beteiligen.

Mit kollegialem Gruß — Der Gauvorstand.

Rotationsmaschinenmeister

für 16seitige Augsburger Maschine zum sofortigen Eintritt gesucht. Gute Kenntnisse in der [illegible] Offerten an [727
Verlagsgenossenschaft „Volksstimme", Remscheid, Bismarckstraße 37.

Tüchtige Fertigmacher

für Schreibschriften finden dauernde Beschäftigung. [729
Benj. Krebs Nachf., Schriftgießerei, Frankfurt a. M.

Tüchtiger Werksetzer

gesetzten Alters, ledig, [illegible] rechten Fuß, sonst durchaus gesund), mit guter [illegible] Bildung, der die Elemente des Altgriechischen und [illegible] als **Korrektor** (kann am Kasten aushelfen). [illegible] ist auch sehr gewandt und besitzt Routine als Stenotypist, würde eventuell [illegible] gleich wohin, annehmen. Werte Angebote unter T. G. 7[illegible]4 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Mehrere Setzer, ein Metteur ein Korrektor und ein Maschinenmeister

für neue Zeitung zu Mitte November gesucht. [731
Buchdruckerei Julius Bergas, Schleswig.

Tüchtiger **Akzidenzsetzer**

mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, gesucht. [732
G. Hamburgs Buchdruckerei, Neustadt i. Mecklb.

Korrektor

gleich zuverlässig in Zeitung und Akzidenz, gelernter Setzer, für bald oder später gesucht. Angebote mit Lohnforderung und näheren Angaben an „Volksblatt", Neurode i. Eulengeb.

Gesucht auf sofort tüchtiger [718
Typographsetzer (B)
in dauernde Stellung.
„Kreisblatt", Osterholz-Scharmbeck bei Bremen.

Schriftsetzer

27 Jahre alt, sucht für sofort oder später Stellung. (Süddeutschland bevorzugt.) Offerten unter A. W. 735 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Junger, strebsamer
Schweizerdegen
tüchtig im Satz sowie an Tiegel und Schnellpresse, an selbständiges, flottes Arbeiten gewöhnt, sucht als solcher od. als
Metteur, Werk- oder Akzidenzsetzer
in Süddeutschland dauernde Kondition. Werte Offerten erbittet Ofter, Ortenburg bei Vilshofen (Niederbayern.).

Jüngerer
Schweizerdegen
sucht Stellung. Offerten unter H. H. 734 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

50 Jahre Geschichte des Gaues Erzgebirge-Vogtland

64 Seiten, Preis einschl. Porto 75 Pf. Kollegen außerhalb des Gaues, welche sich für diese Schrift interessieren, können sie unter Einsendung des Betrags von O. Dähnel, Chemnitz, Pestalozzistraße 7, beziehen. [682

Für die Meisterprüfung

empfiehlt geeignete Fachbücher Graph. Verl. K. Siegl, München 9, Kolumbusstraße 1. Katalog 25 Pf.

Die Verbandsgeschichte

Erster Band (416 S.): Die wirtschaftlichen, sozialen und kollegialen Verhältnisse der Buchdrucker von 1440—1848. Die organisatorische Vorperiode von 1848—1866. Der Verband von 1866—1888. Statistisches Kapitel (32 S.): Der rufliche Gliederung. Gewerbestatistik. Gehilfen- und Lehrlingszahl. Lohn und Arbeitszeit. — Anhang (72 S.): Die Einteilung der Organisation. Die Organisationsleitungen und die Delegierten von 1848—1888. Die Gauvorsteher von 1866—1888. Die Entwicklung der Unterstützungseinrichtungen und des Kassenwesens von 1866—1888. Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik. Die Tarife von 1848—1873. Die Tarifzentrale und die Tariffunktionäre von 1873—1888. Illustrationen: Dokumente aus der Vorgeschichte und späteren Perioden. Die Führer von 1848—1888. Kurventafel.

Verfaßt von Willi Krahl
Kommissionsverlag von Radelli & Hille, Leipzig

Preis 2 Mk. für Mitglieder, 3 Mk. für andre Gewerkschaftler (Bestellungen durch die Vorstände), im Buchhandel 4 Mk. Zahlung an den Verbandskassierer

„Neuzeitliche Ausnützung der Buchdruckpresse"

Ein Vorschlag zur Umformung der bisherigen Zurichte- und Produktionsweise im Buchdruckgewerbe. Von M. Rauch. Preis geheftet 2,60 Mk., geb. 3,50 Mk.

Früher erschienen und grundlegend für obiges Buch [632

„Wie soll ich zurichten?"

Ein Leitfaden z. Aufbau der Zurichtung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Tiegel. 112 S., 22 Abb., 20 Taf. a. Kunstdruck, geb. postfrei 2,30 Mk.; ferner

„Der Buchdrucker am A-B-Z"

Ein Ratgeber z. Einstellung des Universal-Bogenzuführers auf alle Papierarten; 93 S. Oktav, 55 Abb. geh. 1,70 Mk. postfrei geg. Voreinsend. od. Nachn. v. Verf. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigstraße 20.

Maschinenband

Friedensqualität, liefern [733
Bezner & Moll,
Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen.**

Zeilenmaß m. 6 Einteil. 60 Pf. C. Fritz, Frankf. a. M., Weberstr. 23.

„Lungenkatarrh

Rippenfellentzündung dauernd heilbar"? oder: Ein Fingerzeig zur Gesundung. Preis 1.40 Mk. Zu beziehen von F. Langer, Leipzig-Pl., Kolbestr. 4 II r.

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Helmholz in Leipzig. Salomonstraße 8 (Tel. 14111). — Druck: Radelli & Hille in Leipzig

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 122 — Leipzig, den 21. Oktober 1919

Redaktionsschluß: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Luzerner Kongreßbilder

VI.

In den Nrn. 116, 117, 118, 119 und 120 haben wir ein getreues Abbild von den Beratungen des Internationalen Buchdruckerparlaments in Luzern gegeben, das bekanntlich in der letzten vollen Septemberwoche 1919 zum zweitenmal in dieser von der Natur gebenedeiten Stadt getagt hat. Nach dem „Korr." berichtet auch die „Helvetische Typographia" in solcher Ausführlichkeit. Mit Recht! Handelt es sich doch darum, nicht nur den eignen Mitgliedern so weit und so schnell als nur möglich zu zeigen, daß ihre Vertreter alles aufgeboten haben, um wieder zu dem alten guten Verhältnisse zueinander zu kommen, sondern auch um eine Pflichterfüllung gegenüber demerikanischen Organisationen, die infolge der langwierigen Paßangelegenheiten oder wegen größerer Kämpfe und ähnlicher Verwicklungen daheim nicht vertreten sein konnten. Die deutschsprachigen Verbandsorgane sind in diesen Ländern so verbreitet, daß in einem ansehnlichen Maße aus ihnen nun Informierung stattfinden kann, wie in Luzern der neue internationale Kontakt hergestellt und was sonst dort geartet worden ist. Daß vom „Korr." mit seinem dreimaligen Erscheinen schon ein stattliches Mehr in der Berichterstattung erwartet werden konnte, war uns von vornherein bewußt, und so haben wir denn in Erwägung der Interessen drinnen und der Bedürfnisse draußen über die Luzerner Verhandlungen referiert, als wenn ausführlich über eine Generalversammlung des deutschen Verbandes zu berichten wäre.

Über den Verlauf des Luzerner Kongresses sollen hier noch einige Festhaltungen erfolgen: Der siebente internationale Kongreß hat durch sachliche Beschickungsschwierigkeiten eine leider nur geringe Teilnehmerzahl aufzuweisen gehabt. Damit ist dargetan, daß eine noch frühere Abhaltung, die tatsächlich gewünscht und auch beabsichtigt war, den Kongreß zu einem direkten Fehlschlage gemacht haben würde. An diesem Beispiele weist sich aus, wie notwendig unter den heutigen noch unklaren und unsicheren Verhältnissen überall ein bestimmter Entwicklungspunkt abgewartet werden muß, um Arbeiterangelegenheiten gedeihlich fördern zu können. Es gilt dies auch von der Interessenwahrnehmung im eignen Lande. Wie es darin nicht zu umgehen gewesen ist, daß hier und dort schon Verbandstage einberufen wurden, so hat man doch nur halbe Arbeit verrichten können. Mehr hat es sich darum gehandelt, ein Ventil zu öffnen für die Stimmung in der Kollegenschaft, und auch darum, die Führer in ihrer Verantwortung für getroffene oder noch zu treffende Behelfsmaßnahmen zu entlasten, indem eine Vertretung der Mitglieder zur Urteilsbildung mit herangezogen wurde. Der internationalen Sekretariatskommission, deren Tätigkeit durch die entsetzlich lange Kriegsdauer in weitem Maße unterbunden war, ist es ebenso ergangen. Kann das, was Luzern 1919 gewesen ist, auch nur als ein Vorkongreß gewertet werden, so ist dennoch zu sagen, daß er als solcher einen günstigen und nutzbringenden Verlauf genommen hat. Kommt noch hinzu, daß von den angeschlossenen Organisationen die großten ja in Luzern vertreten waren, dann kann nicht einmal mehr von einem Rumpfkongreß gesprochen werden. Die Bereitwilligkeit der andern Länder, wieder im internationalen Konzert der Buchdruckerorganisationen mitzuwirken, konnte mit Ausnahme des in gänzlicher Isolierung befindlichen Belgien als erfreuliche Tatsache festgestellt werden. Das ist außerordentlich wichtig. Sicherlich wäre es von allen begrüßt worden, wenn der immer gern gesehene Kollege Peidl aus Budapest den Anschluß nach Luzern noch gefunden haben würde. Er, der nun schon einige Male kurzfristiger Minister und sogar Ministerpräsident in Ungarn gewesen ist, hätte jedenfalls viel deutlicher uns ein Bild zeichnen können, wie sein Land zwischen Monarchie, Rätediktatur und Reaktion hin- und hergeworfen wurde und wie schlimm die Rückschläge aus diesen explosiven Umwandlungen sich auch für das Druckgewerbe und seine Angehörigen geäußert haben, als es durch den Abdruck eines schon genug belagenden Stimmungsbildes in der Auslandsrubrik von Nr. 120 geschehen ist. Was der ungarische Delegierte in der vorigen Woche auf der Stuttgarter Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes ernst warnend seinen deutschen Kollegen sagte, hätte gewiß in Luzern ein Auditorium gefunden, das für die Lehren von Eisenbartkuren sich empfänglicher gezeigt haben würde, als es die schon zu weit zerrissenen Metallarbeiter in Stuttgart sein konnten. Wie aber die Dinge in Luzern lagen, traf Kollege Heuser aus Paris in den Mittelpunkt. Sein gesundheitlicher Zustand war zu bedauern, seine frühzeitige Abreise noch mehr. Er hat aber getan, was in seinen Kräften stand, und farbte seine Ausführungen so ruhig, daß man sich mit ihnen abfinden konnte, auch wenn sie nicht immer zu befriedigen vermochten, wie ja aus der Remonstration der deutschen Delegation am zweiten Tage deutlich hervorgeht. Daß der sonst so angenehme holländische Vertreter ebenfalls die „Mentalität der Deutschen" glaubte mit berühren zu müssen, und Luxemburg auch ein klein wenig die Schuldfrage anklingen ließ, zeigte uns unverkennbar die Richtung der Mentalität bei den andern. Über unsre Denkweise, der die österreichischen Delegierten aus eignem heraus gut schundierten, wurde dann keinerlei Zweifel befassen. Mit der erhabenen Ruhe, die ein gutes Gewissen immer noch in Friedensware herzugeben vermag, und mit der kollegialen Unvoreingenommenheit, die uns dem Kollegen Heuser schon am ersten Tage wie sonst entgegentreten ließ, wurde gesagt — namentlich vom Kollegen Seitz in ausgezeichneter Weise —, wie die deutschen Gewerkschaften und auch unser Verband in Wirklichkeit zum Kriege gestanden haben, daß bei ihnen nicht einen Augenblick das Gefühl der Verfeindung aufzukommen vermocht hat, und daß der „Korr." mehr die Entfernung andrer von dem guten Pfade des Desinteressements an den Kriegsfolgerungen einzurenken bemüht gewesen, als selbst auf diese Fährte gekommen ist. Auf die sogenannte Schuldfrage brauchten und wollten wir uns nicht einlassen. Daß alles unter dem Weltungeküche zu leiden hatte, ging aus allen Schilderungen ja hervor; aber auch persönlich ist die Belastung nicht einseitig, denn neben Heuser hat auch Dworacek einen Sohn als gefallen zu beklagen. Daran tragen aber doch die Buchdruckerverbände hüben und drüben nicht die Schuld! Die Atmosphäre wurde so gut gereinigt, und die belgische, an sich unbegreifliche Protestdemonstration fiel nach den von dem deutschen Verbandsvorsitzenden gegebenen Aufklärungen über die Stellungnahme der deutschen Arbeiterschaft zur belgischen glatt ab. Der Verlauf des Kongresses kann namentlich in der „Kriegsfrage" zufriedenstellen. Die schweizerische wie die deutsche Presse, die nach der Zahl der Blätter in immerhin anerkennenswertem Maße von dem Luzerner Kongreß Notiz nahm, konnte also über den Schwerpunkt der Verhandlungen Besseres berichten als über manche internationale Tagung in den letzten Monaten.

Der den siebenten internationalen Kongreß beherrschende Geist der Versöhnlichkeit, gepaart mit der klaren Erkenntnis, daß alle Kriegsschuldfragen abwegig sind, daß die Nützlichkeitserwägungen für die internationale Buchdruckergemeinde aber gar nicht scharf genug sein können, hat ein Ergebnis von Luzern gezeitigt, womit die Anreger (Schweiz) wie die Veranstalter (internationale Sekretariatskommission) wohl zufrieden sein können. Selbst das romanisch-schweizerische Organ „Gutenberg", das am 19. September unter Berufung auch auf eine hinsichtlich der Form der Einberufung des Kongresses unwillige Auslassung des belgischen Organs vom 1. September eine etwas eigenartige Begrüßung des Kongresses brachte, die sicher nicht großen Anklang in der schweizerischen Kollegenschaft gefunden hat, kann es sein. Denn es ist ja Tatsache geworden, was der „Gutenberg" zum Schlusse seines Artikels sagte:

> Der Luzerner Kongreß, zusammengesetzt in der Mehrzahl von deutschfreundlichen Ländern, wird den Augenblick der unvermeidlichen Einigung beschleunigen. Dieses Gefühl haben wir.

Es wird für alle Zeit gerade dieser Zusammensetzung zu danken sein, daß alles so gut gegangen ist und für die Zukunft des Internationalen Buchdruckersekretariats in einer Weise vorgearbeitet werden konnte, die vieles verhehlt. Die deutsche Vertretung imponierte durch ihre Haltung, die von den Schweizern nicht zu Unrecht als konziliant Hervorhebung fand, wenngleich sie mit kluger Voraussicht künftiger Erfordernisse auch sich selbst schuldige Festigkeit gegenüber falschen Vorstellungen und daraus folgernden irrigen Behauptungen zu dokumentieren hatte. Die in Luzern gefaßten 2 Beschlüsse, auf die in einem besonderen Artikel über die Buchdruckerinternationale demnächst eingegangen werden soll, sind nicht so ihrem Wortlaute nach als in ihrer Bedeutung für die weitere Gestaltung wie die fernere Arbeit unsrer internationalen Gemeinschaft von erheblichem Belang und in Hinsicht auf die Einmütigkeit ihres Zustandekommens recht wertvoll. War der Kreis von Luzern auch klein, so hätte es doch nicht verwundern können, wenn in gewissen Fragen der abweichende Standpunkt auch in der Abstimmung zum Ausdruck gekommen wäre. Daß dies nicht eingetreten ist, spricht für eine günstige Konservierung des alten guten Buchdruckergeistes — trotz Weltkrieg und Gewaltfrieden.

Anrechnung der Kriegsdienstzeit bei den Karenzen

Wichtig genug, um darüber zu reden! Voll und ganz stimme ich den Kollegen Wosch und Matthäus zu, die das gleiche Thema bereits in Nr. 61 und 97 des „Korr." behandelt haben. Ich bemerke dabei, daß ich mir die Sache bereits durch den Kopf gehen ließ, noch ehe die beiden Artikel erschienen sind. Wenn ich damit nicht früher vor die Öffentlichkeit trat, so deshalb, weil ich erst die Rückkehr aller Kriegsgefangenen, unter denen sich ja auch noch eine große Zahl Berufsangehöriger befindet, abwarten und somit auch diesen Gelegenheit zum Mitraten und -taten geben wollte, um so mehr, da ja immer noch genügend Zeit verbleiben wäre, um die Angelegenheit durch ausgiebigste, erschöpfende Diskussion in den Vereinen für die voraussichtlich im Frühjahre n. J. zusammentretende Verbandsgeneralversammlung in Form bestimmter diesbezüglicher Anträge genügend vorzubereiten. Da jedoch durch die beiden Kollegen der Stein schon ins Rollen gebracht, so will ich diesem noch einen weiteren Stoß geben, damit er diesmal weit genug — bis zum Chamissoplatz — rollt und dort mit dem nötigen Gepolter einschlägt, damit es von dort zurückschallt.

Nur zur Sache selbst. Wir Kriegsteilnehmer haben durch unsre Einberufung zur militärischen Dienstleistung oder zum Hilfsdienst, also gezwungenermaßen, die regelmäßige Beitragsleistung unterbrechen müssen. Hierdurch ist in dem Erwerbe der bei regelmäßiger Beitragsleistung für uns aus dem Verbandsstatut oder aus den Satzungen der einzelnen Gaue ergebenden Rechte eine Lücke entstanden, die empfindliche Härten für uns mit sich bringt und die unbedingt so und so ausgefüllt werden muß. Denn zu den uns aus unsrer abgeleisteten Kriegsdienstzeit so schon reichlich genug erwachsenen Nachteilen der verschiedensten Art darf als weitere Bestrafung für unsre unfreiwillige Kriegsteilnahme nicht auch noch hinzukommen, daß wir bezüglich der Karenzen, wie solche als Vorbedingung für die Inanspruchnahme der im Verbandsstatut oder in den Satzungen der einzelnen Gaue vorgesehenen Unterstützungszweige abzuleisten sind, um Jahre zurückgesetzt werden. Es gilt also, einen Weg zu finden, der beide Teile — Kriegsteilnehmer wie Organisation — befriedigt und beiden Kontrahenten möglichst schmerzlos ermöglicht, einen unsre Wünsche restlos berücksichtigenden Ausgleich zu schaffen.

Ich habe nun versucht, in einem Entwurfe: „Sonderbestimmungen für Kriegsteilnehmer", der den Statuten als besonderer Anhang angefügt werden könnte, so ungefähr die Richtlinien niederzulegen, nach denen die Regelung der ganzen Angelegenheit vielleicht erfolgen könnte. Dieser Entwurf soll natürlich nichts Vollkommenes darstellen, sondern nur den Anstoß geben, daß sich die daran Interessierten überhaupt erst einmal mit der Sache ernsthaft beschäftigen und die ganze Aktion in Fluß bringen, um durch Gegenvorschläge und Verbesserungen etwas wirklich Brauchbares und Annehmbares zu erreichen. Hier der Entwurf:

Sonderbestimmungen für die Kriegsteilnehmer.

§ 1. Als Kriegsteilnehmer gilt, wer auf Grund der Wehrordnung zur militärischen Dienstleistung einberufen oder auf Grund des Hilfsdienstpflichtgesetzes zwecks anderweiter Verwendung seinem eigentlichen Beruf entzogen oder in diesem gegen Entlohnung nach den Bestimmungen des Mannschaftsbesoldungsgesetzes weiterbeschäftigt wurde.

Wer aus Gründen des Mehrverdienens (z. B. in Munitionsfabriken) den Beruf vorübergehend freiwillig aufgab und während dieser Zeit keine Beiträge zahlte und im Laufe des Krieges auch nicht eingezogen wurde, gilt nicht als Kriegsteilnehmer und finden nachfolgende Bestimmungen auf seine Person keine Anwendung.

Wer eingezogen und später dann auf Grund von Reklamation von seiner Formation wegkommandiert und in irgendeinem kriegswichtigen Betriebe gegen gleiche Entlohnung wie die nicht im Militärverhältnisse stehende Arbeiterschaft beschäftigt wurde und keine Beiträge entrichtete, hat für diese Zeit des Mehrverdienstes keinen Anspruch auf die in den Sonderbestimmungen enthaltenen Vergünstigungen, sondern nur für die bei der Formation verbrachte Zeit.

§ 2. Den Kriegsteilnehmern wird die von ihnen nach § 1 Abs. 1 abgeleistete Dienstzeit auf die Karenzen für die statutarisch festgelegten Unterstützungen unter folgenden Bedingungen angerechnet:

Jeder Kriegsteilnehmer hat eine der Dauer seiner nach § 1 Abs. 1 sich ergebenen Dienstleistung entsprechende Anerkennungsgebühr von 50 Pf. pro Woche zu zahlen.

Die Karenz für den Erwerb der Rechte, wie solche sich bei ununterbrochener Weiterleistung der vollen Beiträge bezüglich aller im Statut vorgesehenen Unterstützungen für den einzelnen jetzt ergeben würden, beträgt den zehnten Teil von der zu leistenden Gesamtwochenzahl der Anerkennungsgebühr.

§ 3. Die Anerkennungsgebühr kann im ganzen im voraus entrichtet werden, doch bleiben für diesen Fall die Karenzen an sich bestehen, ermäßigen sich jedoch auf den 15. Teil der Gesamtwochenzahl. Bei Berechnung der Karenzen beim Endresultat verbleibende einzelne Tage bis zu drei Tagen bleiben unberücksichtigt, von über drei Tagen gelten sie als volle Woche.

§ 4. Die Zahlung der Anerkennungsgebühr ist eine freiwillige und erstreckt sich auf alle im Verbandsstatut oder in den Satzungen der einzelnen Gaue vorgesehenen Unterstützungszweige. Die Erklärung zur Zahlung hat bis spätestens 30. September 1920 zu erfolgen.

§ 5. Diese Sonderbestimmungen treten sofort in Kraft und sind im „Korr." zu veröffentlichen.

Ich bin mir wohl bewußt und betonte schon, daß ich den Entwurf als nichts Vollkommenes, vielmehr nur als den Stein des Anstoßes betrachte. Niemand zu Liebe — niemand zu Leide, das war das leitende Motiv für mich, nicht etwa, daß ich als Selbstinteressierter daran pro domo sprechen wollte. Nur generalisiert konnte im großen Rahmen alles das paragraphiert werden, was das Gros

der Beteiligten berührt. Alles übrige soll die nun hoffentlich recht rege einsetzende Diskussion durch eine ebenso sachliche Kritik nachholen und Härten beseitigen, wie solche sich zweifellos aus obigem Entwurfe für diesen und jenen aus der Eigenart besonders gelagerter Fälle ergeben werden, die hier aber unmöglich alle spezialisiert in diesen wenigen Paragraphen erwähnt werden konnten.

Als erläuterndes Beispiel für die praktische Anwendung der Entwurfsbestimmungen lasse ich eine Berechnung folgen, wie sie sich für meine eigne Person ergeben würde: Ich war insgesamt 148 Wochen Soldat, die Voraussetzungen nach § 1 Abs. 1 sind gegeben. Demnach hätte ich nach § 2 Abs. 2 eine Anerkennungsgebühr von 148 Wochen × 50 Pfg. = 74 Mk. zu zahlen. Die Karenz aus § 2 Abs. 3 beträgt den zehnten Teil der zu leistenden Gesamtwochenzahl der Anerkennungsgebühr, d. h. 148 : 10 = 14 Wochen, 4 Tage; diese 4 Tage rechnen nach § 3 als volle Woche, so daß die Karenz also 15 Wochen betragen würde. Nach Leistung dieser 15 Wochen a 50 Pfg., also mit Beginn der 16. Woche, würde ich dann in den Genuß der Rechte eintreten, wie ich sie zu beanspruchen gehabt hätte, wenn ich nicht Soldat gewesen wäre und fortlaufend die vollen Beiträge entrichtet haben würde. Würde ich aber die Anerkennungsgebühr im ganzen im voraus zahlen, ergäbe sich aus § 3 eine 15prozentige Karenz der Gesamtwochenzahl, d. h. 148 : 15 = 9 Wochen, 5 Tage, also nur 10 Wochen Karenz.

Daß ich bei Vorausbezahlung der ganzen Anerkennungsgebühr die Karenz nicht ganz fallen ließ, geschah aus dem Grunde, weil ich das demokratische Prinzip und nicht das des Geldbeutels hochhalten wollte. Es könnte sonst der Fall eintreten, daß ein Kollege, der schon lange Jahre Mitglied, aber nicht in der Lage ist, die Gebühr auf einmal im voraus zu zahlen, zu sehr in Nachteil geraten würde gegen jüngere Mitglieder, denen es möglich ist, Zahlung im voraus zu leisten.

Und wie wäre nun die ganze Sache technisch durchzuführen? Da schlage ich das Klebesystem nach Art der Invalidenversicherung vor. Man denke sich eine dreiteilige Klappkarte, deren sechs Seiten mit den Jahreszahlen 1914—1919 fortlaufend versehen sind. Jede einzelne Seite ist in 52 Felder zum Einkleben von 50-Pfg.-Wochenmarken bestimmt. Wieder ein Beispiel, wie es auf meine Person zutrifft: Ich wurde am 11. Januar 1916 eingezogen und am 14. November 1918 entlassen. Ich würde also mit der auf dem 11. Januar 1916 folgenden Woche das Kleben beginnen und bis zu dem Jahre und der Woche fortsetzen, in der ich nach meiner Entlassung wieder den ersten Beitrag leistete; dann hätte ich die Lücke ausgefüllt. Die Klappkarte müßte die Größe des Mitgliedsbuches haben, so daß sie in dieses eingeheftet werden könnte.

Dies im großen und ganzen die technische Durchführung. Alle näheren Einzelheiten und was bei der Durchführung sonst noch zu bedenken und zu beachten wäre, bleibt späteren Bestimmungen und Beschlüssen vorbehalten.

Ich bin nun am Ende meiner Ausführungen; es liegt jetzt an euch feldgrauen Kollegen, zu verbessern und zu ergänzen. Darum, Kameraden, frisch ans Werk: „Rührt euch!“

Berlin-Neukölln. E. Lehmann.

Keine erhöhte Leistung des Verbandes!

Den Ausführungen des Kollegen Tilsner in Nr. 117 ist meiner Ansicht nach in allen Teilen zuzustimmen.

Infolge der Geldentwertung können die Unterstützungen des Verbandes in Zukunft nur als „Beihilfe“ in Betracht kommen. Sollten beispielsweise alle Unterstützungszweige dem heutigen Geldwert entsprechend erhöht werden, so würde auch die Verdreifachung der Verbandsbeiträge noch lange nicht genügen.

In der heutigen teuren Zeit, wo man mit jeder Mark — nicht Pfennigen — rechnen muß, würden die Mitglieder mit einer dreifachen Erhöhung des Beitrags nie und nimmer einverstanden sein. Es ist vielmehr Sache der neuen Regierung, das Unterstützungswesen des Proletariats von Grund auf zu reformieren. Den Gewerkschaften eröffnet sich hiermit ein Feld dankbarer und segensreicher Tätigkeit.

Bad Oeynhausen. K. Vogler.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Nachahmenswerte Beispiele. Die Buchdruckerei Chr. Haase & Ko. („Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“) in Kiel bewilligte sämtlichen Angestellten eine Wirtschaftsbeihilfe von 300 Mk. nebst 50 Mk. Kinderzulage für Verheiratete, 100 Mk. für Ledige bis zu 20 Jahren und 200 Mk. für Ledige über 20 Jahre.

Der Inseratenteil als Fessel der Meinungsfreiheit für Redakteure. In einer Protestversammlung des Detaillistenverbandes in Köln wurde allen Ernstes der Vorschlag erörtert, allen Zeitungen, die über die Detaillisten „herfallen“, keine Anzeigen mehr zukommen zu lassen. Die „Rheinische Zeitung“ betrachtet diese Angelegenheit mit Recht als eine wichtige prinzipielle Frage und hält sich verpflichtet, u. a. folgendes dazu zu sagen: „... Sperrung der Inserate! Folge: bedeutende finanzielle Einbußen, Schmälerung des Gewinnes; weitere Folge Zukreuzekriechen des Zeitungsunternehmers, der seinen Redakteuren jede Aggressivität in dem oder jenem Falle verbietet. Einfach verbietet, denn, das darf in dem Zusammenhange ruhig mit ausgesprochen werden, der Redakteur im bürgerlichen, in Privathänden befindlichen Zeitungsbetrieb ist in 990 von tausend Fällen leider nur der ausführende Teil des auf seinen Geldsack pochenden Verlegers. Das zeigt sich tagtäglich aufs neue, wird stündlich von Tausenden und Abertausenden Zeitungsschreibern als eine furchtbar drückende Fessel empfunden. Die Gefahr für die Allgemeinheit liegt offen zutage. Die objektive Beobachtung und unbeeinflußte Kritik, sei es auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem oder künstlerischem Gebiet, ist einfach ausgeschlossen. Stets werden die Einzelinteressen mit den allgemeinen kollidieren. Und in den meisten, wenn nicht allen Fällen wird der Wille des sich nach seinen Hauptbüchern orientierenden Geschäftsinhabers maßgebend sein. Die sittlichen Widerstände des Redakteurs sind in Fesseln geschlagen. Seine wirtschaftliche Existenz ist mit tausend Fäden an den kapitalistischen Unternehmer und an die Rentabilität dessen Geschäfts geknüpft, durch welchen Umstand auch er, wenn auch nur indirekt, schuldig wird an den korrupten Zuständen, die für jedermann, der sehen will, offen zutage liegen. Das ist kein Vorwurf für den einzelnen, muß die Tatsache doch als eine Folge unsres ganzen wirtschaftlichen Systems gewertet werden. Mutige Opfer einzelner, die ihre sittliche Reinheit über jeden materiellen Vorteil stellen, müssen als Einzelerscheinungen von absoluter Einflußlosigkeit auf die Gesamtheit gelten. Was ist zu tun, um diese ungesunden Zustände zu beseitigen? Das einfachste und radikalste Mittel wäre die Verstaatlichung der gesamten Zeitungsindustrie. Aber wollen wir einmal davon absehen, weil, sagen wir, eine völlige Ablösung nicht von heute auf morgen ausgezogen werden kann, so wäre dem Schädling der Giftzahn durch eine Sozialisierung des Anzeigenwesens auszuziehen. Es ist hier nicht die Stelle, einen Sozialisierungsplan bis ins kleinste auszutüfteln, nur die Folge wäre in einigen Worten dahin zu präzisieren, daß durch die Loslösung des Einzelbetriebs von der Akquisition der Inserate und dadurch auch des geschäftlichen Ertrags von den Inseraten die Unabhängigkeit der Redaktion in jeder Weise sichergestellt und die Korruption völlig beseitigt würde.“ Dazu möchten wir bemerken, daß wir auf alle diese Erscheinungen schon längst und oft in gleicher Weise hingewiesen haben. Zuletzt geschah es im Zusammenhang einer eingehenden Erörterung des Problems der „Sozialisierung der Presse“ in Nr. 52, wo wir für die völlige Loslösung des Inseratenteils vom geistigen Inhalte der Presse durch Verstaatlichung des Inseratenwesens in einer Angliederung an die Reichspost als möglich und erstrebenswert zum Nutzen einer unbedingten Preßfreiheit eingetreten sind.

Zur Inseratensteuer. Im Umsatzsteuerausschusse der deutschen Nationalversammlung wurde die Inseratensteuer angenommen. Bemängelt wurde mehrfach, daß die Differenzierung die Einfachheit zu sehr beeinträchtige. Trotz dieser Bedenken stimmten die Vertreter der einzelnen Parteien grundsätzlich dem Gedanken dieser Steuer zu wegen der Notlage des Reiches. Die endgültige Stellungnahme behielten sich die einzelnen Parteien allerdings vor. Mehrfach wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Steuer für die kleine Presse, die wenig Inserate und niedrige Inseratenpreise hätte, viel schwerer zu tragen und zu überwachen sei als für die große Presse. Der Regierungsvertreter Geheimrat Dr. Popitz wies darauf hin, daß sich die Inserate trotz der Steigerung des Preises um 100 Proz. auf ihrer früheren Höhe erhalten hätten, und daß sie daher, soweit sie wirtschaftlich nötig seien, auch eine Steigerung um weitere 10 Proz. aushalten würden. Die Gefahr einer Flucht der Inserate in den redaktionellen Teil sei nicht zu befürchten.

Einheitliche Vergebung amtlicher Anzeigen. Die Vergebung amtlicher Anzeigen ging bisher vielfach in sehr willkürlicher oder doch in einer einzelne Firmen bevorzugenden Weise vor sich. Mit Recht hat sich dagegen neben der nicht berücksichtigten bürgerlichen Presse die Arbeiterpresse gewandt. Bis zum Beginne der neuen Verhältnisse, die den Arbeitern einen stärkeren Einfluß in den Stadt- und Gemeindevertretungen brachte, wohl stets vergebens. In Baden ist nun zu Beginn dieses Jahres mit dem Amtsblattunrecht aufgeräumt worden und eine Neureglung des amtlichen Verkündigungswesens eingetreten. Vom 1. Januar 1919 ab sind sämtliche für den jeweiligen Amtsbezirk bestimmten amtlichen Bekanntmachungen in allen im Bezirke mit einer Auflage von mehr als 500 Stück mindestens dreimal wöchentlich erscheinenden Tageszeitungen, die sich zur Aufnahme der Bekanntmachungen vertragsmäßig verpflichtet haben, gegen Vergütung zur veröffentlichen. In dem Vertragsformular heißt es u. a., daß die amtlichen Anzeigen den in Betracht kommenden Zeitungen — abgesehen von ganz dringlichen Fällen — so zuzustellen sind, daß sie dieselben am gleichen Tage veröffentlichen können. Das Amtsblattunwesen brachte den Verlegern der Amtsblätter, wenn nicht immer direkt, so doch indirekt, erkleckliche finanzielle Vorteile. Daß das korrumpierend wirken mußte, bedarf keines weiteren Nachweises. In Bremen haben sich sämtliche Zeitungen auf die Forderung: „Gleiches Recht für alle Zeitungen“ geeinigt. Dieses Beispiel verdient an allen Orten Nachahmung.

Generalstreik im Saarrevier. Weil die Behörden im Saarrevier im Kampfe gegen Wucher und Schiebertum vollständig versagten und die Lebenslage des Volkes immer unerträglicher wurde, griff das Volk in den letzten Tagen zur Selbsthilfe. Nach einer spontanen Streikerklärung in den Eisenbahnwerkstätten und Hüttenwerken Saarbrückens ergriff in den ersten Oktobertagen die Bewegung orkanartig alle Arbeiterkategorien und verbreitete sich in wenigen Stunden über das ganze Saargebiet. Dem Volksgerichte fiel eine ganze Anzahl von Schlemmern und Schiebern in den Cafés und sonstigen Vergnügungslokalen der „oberen Zehntausend“ zum Opfer. Leider kamen dabei auch Ausschreitungen vor, für die die organisierte Arbeiterschaft jede Verantwortung ablehnen muß. Am 8. Oktober kam es zu Verhandlungen zwischen Vertretern der französischen und deutschen Behörden sowie Vertretern der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die nach mehrstündigen Beratungen zu einer Einigung in den Hauptpunkten (Bekämpfung des Schiebertums, Durchführung der Zwangswirtschaft, Kartoffel- und Kohlenbelieferung) führten. Am 10. Oktober wurde der Generalstreik von den gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterführern als beendet erklärt und dieser Parole von der Arbeiterschaft durch Wiederaufnahme der Arbeit auch allgemein Rechnung getragen.

Ein Reichsarchiv für Tarifverträge. Nach einem Berichte des „Reichsarbeitsblattes“ hat sich bei dem bedeutenden Umfange, den das Tarifvertragswesen nach der Revolution genommen hat, das Bedürfnis nach einer Zentralstelle herausgestellt, die sämtliche in Deutschland abgeschlossenen Tarifverträge sammelt, übersichtlich ordnet und Interessenten jederzeit die Einsichtnahme und Verwertung ihres Materials gestattet. Der Aufgabe, ein solches Archiv einzurichten, hat sich die Abteilung für Arbeiterstatistik des Statistischen Reichsamts unterzogen und bereits über 2500 in diesem Jahr abgeschlossene Verträge gesammelt. Da Vollständigkeit nur erreicht werden kann, wenn sich das Archiv auf die Mitwirkung aller am Zustandekommen von Tarifverträgen beteiligten Personen und Verbände stützen kann, richtet das Statistische Reichsamt, Abteilung für Arbeiterstatistik, an diese die dringende Aufforderung, ihm Abschriften oder Abdrücke der Tarifverträge möglichst bald nach dem Abschlusse zu übersenden.

Briefkasten

E. E. P. in Ch.: Der Artikel wird erscheinen, er kann die mit den Vorarbeiten zu einer Lehrlingsordnung für unser Gewerbe zu betrauenden Personen noch mancherlei anregen und soll deshalb bald gebracht werden, da die Lehrlingsordnung nun Gestalt erhalten soll. Einige Ihrer Vorschläge werden sich allerdings durch diese Festsetzung überflüssig machen. — F. Z. in G.-L.: Diverses von Ihren Darlegungen kann unterstrichen werden, wenn man die Korrektorentätigkeit nur einigermaßen praktisch kennt. Aber solche Diskussionen im „Korr.“ haben ihre bedenkliche Seite. Den Prinzipalen kann dadurch mehr Anlaß gegeben werden, aus Gründen der „Gleichberechtigung“ dort zum Abbauen zu kommen, wo noch ein Vorsprung ist. Es ist rätlicher, darüber auf den Spartenkongressen zu sprechen; auch für die Korrektoren wird ja einer in Betracht kommen. Lesen Sie die Leitartikel in Nr. 111 und 118 und den Artikel „Ein zweischneidig Schwert“ in Nr. 118; Sie werden uns dann beitreten. — O. S. in K.: Wo ein solches Interesse für die Verbandsgeschichte vorhanden ist, da wird in Versammlungen und im kollegialen Leben der manchmal jetzt mit Entsetzen wahrzunehmende utopische Radikalismus keine Stätte finden. Und es ist besser so als alle exzentrischen Sprünge zusammen. — E. Sch. in L.: 5,60 Mk. — Pr. in K.: 13,60 Mk. — K. E. in Ctg.: Ihrem Wunsche wird entsprochen. Besten Gruß. — 100 in B. D.: Ist uns nicht bekannt.

Bekanntmachung, Adressenverzeichnis betreffend

Anfang November wird ein neues Adressenverzeichnis herausgegeben. Die verehrlichen Gauvorstände werden ersucht, uns spätestens bis 23. Oktober von Veränderungen in den Adressen der Bezirks- und Ortsfunktionäre Kenntnis zu geben.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker

Kreis V (Bayern)

Bei dem unterzeichneten Gehilfenvertreter sind bis Ende September an **Tarifbeiträgen** für das Jahr 1918 eingegangen:

	Mark
Vom Gau Bayern des Verbandes für 3000 Mitglieder	1500,—
Vom Ortsverein Aschaffenburg des Verbandes für 48 Mitglieder	24,—
Nachzahlungen aus 1917:	
G. Mang (Altötting)	—,40
M. Löber (Würzburg) für 8 Mitglieder des Gutenbergbundes	3,60
Käsmann (Würzburg)	—,40
Vom Bezirke München des Gutenbergbundes für 66 Mitglieder	33,—
Von 13 Mitgliedern des Gutenbergbundes in Regensburg und Cham	6,50
Von den Gehilfen Burkhart, Müller, Rhein, Utzelmann und Zänglein in Würzburg	2,50
Von 31 Mitgliedern des Gutenbergbundes in Würzburg, Lohr, Karlstadt, Königshofen und Volkert	16,50
Von 11 Mitgliedern des Gutenbergbundes in Nürnberg, Weiden, Fürth, Lauf, Neumarkt	5,50
Von 10 Mitgliedern des Gutenbergbundes in Hof und Kronach	5,—
Von den Gehilfen M. Kebler und L. Büchner in München	1,—
Von dem Gehilfen Karl Mitz in Nürnberg	—,50
Vortrag vom Jahre 1917	52,16
Summe der Einnahmen	1651,06
Verausgabt wurden für die Arbeitsnachweise in Augsburg, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg	1063,37
Verausgabt für die Schiedsgerichte in Augsburg, München, Nürnberg, Regensburg	80,78
Kosten der Kreisamtssitzung am 5. Januar 1919	463,85
Summe der Ausgaben	1613,—

Verbleibt ein Kassenbestand von 38,06 Mk.

München, 14. Oktober 1919.

Hans Hemmerich, Gehilfenvertreter.